



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/X/263 - 14.11.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Aufmarsch zum saarländischen Wahlkampf	S. 1
Der Aufbau der Roten Armee	S. 3
Der Bauernaufmarsch in Hannover	S. 5
Ermittlungsverfahren gegen Clauberg	S. 7

---

## Die zweite Saarentscheidung

sp - Der Termin für die saarländischen Landtagswahlen bleibt der vorgesehene 18. Dezember. Das ist erfreulich. In knapp fünf Wochen wird die Saarbevölkerung also erneut aufgerufen werden, ihre politische Meinung zu sagen.

Die Abstimmung vom 23. Oktober war nur ein erster Schritt auf dem Wege des Saargebietes in eine seinem Wesen und Willen entsprechende Zukunft: Die Bevölkerung an der Saar sagte Nein zu einem Vorschlag, der ihrer inneren Bestimmung und Einstellung widersprach. Die Wahlen zum Landtag müssen die positive Schlußfolgerung aus dieser Absage sein. Es gilt, eine Volksvertretung zu wählen, aus der eine Regierung gebildet werden muss, die gemeinsam mit den Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs den künftigen internationalen Status des Saargebietes festzulegen haben wird. Der Wahlmodus ist noch nicht endgültig bestimmt. Man rechnet mit einem reinen Verhältniswahlssystem mit einer 5-Prozent-Sperrklausel, bei einer Aufteilung des Gebietes in drei Wahlkreise.

Die Parteien, die bei der Abstimmung über das Statut hinter dem früheren Ministerpräsidenten Hoffmann standen, die Christliche Volkspartei (CVP) und die Sozialdemokratische Partei an der Saar (SPS) werden am Wahlkampf teilnehmen, nachdem zumindest die SPS wegen ihrer Niederlage am 23. Oktober vorübergehend beabsichtigt hatte, dies nicht zu tun. In der vorletzten Woche hat übrigens eine Besprechung zwischen Johannes Hoffmann und anderen Leuten seiner Partei mit Herrn Grandval in Paris stattgefunden, der sich nach Beendigung seines marrokanischen Abenteuers wieder stärker für die Saarfrage zu interessieren scheint. Der französische Wunsch ist es offensichtlich, alles zu tun, um zu erreichen, dass

die CVP und die SPS wenigstens 25 % der Stimmen erhalten, damit eine verfassungsändernde Dreiviertelmehrheit der prodeutschen Parteien verhindert wird. Eine solche Mehrheit würde nämlich auch die Bestimmungen in der Präambel der saarländischen Verfassung aufheben können, die die bevorrechtete Stellung Frankreichs im Saargebiet verankern.

Die einfache Mehrheit der im Heimatbund zusammengeschlossenen prodeutschen Parteien erscheint sicher. Ob es möglich ist, eine Dreiviertelmehrheit zu erreichen, ist ganz ungewiss. Bei den separatistischen Parteien dürften die bekannten Namen - Johannes Hoffmann für die CVP und die Herren Kirn, Braun und Kunkel für die SPS - Geist und Programm repräsentieren. Auf der Seite der Parteien, die das Statut abgelehnt haben, wird der Rahmen des Heimatbundes beibehalten werden, wobei diesmal, entsprechend dem Charakter einer Parlamentswahl, natürlich jede einzelne der drei Parteien stärker ihre speziellen Forderungen erheben und ihre eigenen Vorstellungen zu bestimmten politischen Fragen vertreten wird.

Nicht ohne Bedeutung für die Wahl wird auch die Haltung der Geistlichkeit beider Konfessionen sein. Das Saargebiet ist bekanntlich zu rund 75 % katholisch, während 25 % sich zur evangelischen Kirche zählen. Bei den Landtagswahlen 1952 stand der größte Teil des katholischen Klerus auf der Seite Hoffmanns. Bei der Abstimmung über das Statut war das schon ganz anders. Heute unterstützt der weitaus größere Teil der katholischen Geistlichkeit die saarländische CDU, was nicht zuletzt auf die Haltung der Bischöfe von Trier und Speyer zurückgeht. Die evangelische Geistlichkeit dürfte fast geschlossen gegen das Statut gestimmt haben.

Sicher wird es nicht an Versuchen von interessierter Seite fehlen, Einfluss auf die Übergangsregierung zu nehmen, die für die Durchführung der Wahl in erster Linie verantwortlich ist, und deren Massnahmen zumindest in gewissem Umfange für das Ergebnis wichtig werden könnten. Die Zusammensetzung dieser Regierung gibt aber eine Gewähr dafür, dass sie sich solchen Interventionen versagen wird, wenn sie der Meinung ist, dass sie fehl am Platze sind und geeignet wären, die Sauberkeit des Wahlvorganges zu beeinträchtigen.

"Die Sowjetarmee - Wesen und Lehre"

E.R. Der Titel der amerikanischen Originalausgabe dieses aufschlussreichen Buches von Raymond L. Garthoff, dessen deutsche Fassung General a.D. Blumentritt einleitete, lautet "Soviet Military Doctrine." Es ist das erste umfassende Werk über die Sowjetarmee, das in erster Linie den Soldaten angeht. Da aber das Fachgebiet des Militärischen in modernen Staaten nicht mehr dem Soldaten allein überlassen ist, da militärische Faktoren in fast alle Phasen der Politik hineinspielen, da jegliche Rüstung eine Koordination der führenden politischen Gewalt mit der Wirtschaft in allen ihren Teilen und den militärischen Fachleuten voraussetzt, gehört die Kenntnis des Wesens einer so bedeutenden Armee wie der sowjetischen zu den Aufgaben auch des Politikers. Auf fast 600 Seiten, einschliesslich des umfangreichen Quellennachweises, breitet der Autor sein Material und seine vorsichtigen Schlüsse aus. Vor nicht langer Zeit wurde <sup>die</sup> sowjetische Armee noch die "unbekannte" genannt, diese Armee, die 1920 noch mehr als 40 000 zaristische Offiziere auf ihren Kommandoplatzen sah. Die Kriegslehre einer Nation besteht "in den leitenden politischen Verfahren, den grundlegenden Annahmen, den Hauptgrundsätzen und den Methoden in der Verwirklichung politischer Ziele durch militärische Mittel, Strategie und Taktik, die Gliederung der Waffen, Ausbildung und Disziplin tragen alle - unter dem leitenden Einfluss der Lehre - zur Erreichung der erstrebten Ziele bei." Für die Sowjetarmee ist ihre eigene Kriegslehre etwas "Einzigartiges". Sie muss, wie die allgemeine Lehre der regierenden Partei, immer "recht" haben. Der korrigierende Einfluss der Erfahrung setzt sich nur langsam durch. Doch ist bei der sowjetischen Kriegslehre auch zu unterscheiden, was davon wirksam und wieviel politische Dekoration ist.

Garthoffs Buch hat den Vorzug reichlicher und überzeugender Dokumentation. Man muss in Kauf nehmen, dass das, was sich in allerjüngster Zeit an Feststellungen insbesondere in Bezug auf die Berücksichtigung atomarer Waffen ergeben hat, nicht mehr voll verarbeitet werden konnte. Das macht der Wert des Buches nicht geringer. Immer wird es unerlässlich bleiben, den Ausgangspunkt genau zu kennen, die Entwicklung der Tradition und der Kriegstheorie zu übersehen. Wie alle

14.11.1955

Armeen es sind, so ist auch die sowjetische konservativ. Ihre Reorganisation kann niemals das Werk kurzer Zeit sein. Tatsächlich sind denn auch nur wenige wesentliche Veränderungen bisher beobachtet worden.

Das Buch hat drei Teile. Im ersten erörtert der Verfasser die Grundlagen der sowjetischen Kriegslehre - ihre "Überlegenheit", die "stalinistische Militärwissenschaft", die Einflüsse des Marxismus-Leninismus und des zaristischen Erbes. Man muss sich dabei daran erinnern, dass die gesamte sowjetische politische Strategie militärischen Geist atmet. Miliz ist danach "ein antiquierter Aberglaube aus der Zeit der Zweiten Internationale."

Den sowjetischen Grundsätzen der Kriegführung ist der zweite Hauptteil gewidmet. Das Primat der Offensive ist allgemein anerkannt. Doch gilt als ihre Voraussetzung die allgemeine, nicht nur die Überlegenheit am entscheidenden Punkt.

Der letzte Hauptteil behandelt die Lehre vom operativen und taktischen Einsatz der verschiedenen Waffengattungen - von der Infanterie bis zur Marineluftwaffe. Hierbei werden besonders viele deutsche Quellen herangezogen. In einem Abschnitt werden die Grundsätze des Partisanenkrieges erörtert. Im Verlaufe der Darstellung ergeben sich gelegentlich interessante Schlaglichter auf die sowjetische Mentalität.

Zeitpunkt und Hauptstossrichtungen des deutschen Angriffs vom Juni 1941 waren den Sowjets einen Monat zuvor von einem Agenten im deutschen Generalstab gemeldet worden. Ihr Vertrauensmann Dr. Sorge hatte aus Tokio alles bestätigt. Dennoch wurde die Rote Armee überrascht. Das Misstrauen der Zentrale hatte katastrophale Folgen gezeitigt.

Für die geringe Wertung des Menschen spricht die mehrfach bezeugte, von russischen Marschällen bestätigte Tatsache, dass angreifende russische Infanterie rücksichtslos durch ein Minenfeld vorzugehen und die dabei entstehenden Verluste zu tragen hat, derweil die Grundsätze westlicher Armeen vorschreiben, einen Minengürtel durch Artilleriefire oder andere Mittel unschädlich zu machen.

Das nüchterne, gut übersetzte, mit Karten und Lageskizzen versehene Buch ist auch für den militärischen Laien fasslich.

Wenn die "Grüne Front" marschiert . . .

-dt, Hannover

Bauernaufmärschen haften etwas Romantisches an; man denkt unwillkürlich an "Bundschuh", schwarze Fahnen und ähnliche Dinge aus Zeitaltern, da die Landbevölkerung die stärkste werktätige Schicht des Volkes war und daran ging, die Fesseln der Leibeigenschaft zu sprengen. Von dieser Romantik war nichts zu spüren, eher von einer an die gewerkschaftliche Praxis gemahnenden Realistik, als in Hannover 15000 Bauernfunktionäre aus ganz Niedersachsen zu einer Protestkundgebung aufmarschierten.

Es war wirklich eine "Grüne Front": Ledermäntel, grüne Anzüge, grüne Hüte, Schaftstiefel, und manch einer zog aus seinem Auto einen derben Eichenstock, der ihm auf dem Weg vom Parkplatz bis zur Messehalle eine gute Stütze bot. Aber es kam keiner dazu, den Eichenstock drohend zu schwingen; "Bauernpräsident" Rehwinkel hat sein Landvolk fest in der Hand und Rehwinkel lag an diesem Tag nichts daran, die Gemüter zu erhitzen. Denn wenige Stunden, bevor die Kundgebung begann, hatte der Landvolkpräsident ein Fernschreiben des Bundeskanzlers bekommen, und Rehwinkel goss Öl in die grüne Woge. Man merkte seiner zeitlich in zwei Teile zerhackten Rede an, dass der Bundeskanzler wieder gesund geworden ist. Die Reden der Korreferenten waren noch während der Kundgebung hektografiert greifbar; Rehwinkels Rede erst nach sechs Stunden.

Was neben dem Fernschreiben an Zusicherungen nach Hannover gelangt war, so dass die Protestkundgebung fast müde auseinanderlief, ist nicht bekannt geworden. Mitgeteilt wurde lediglich die Zusicherung des Bundeskanzlers, dass der Milchpreis "endgültig und wirklich befriedigend" geregelt werde. Man scheint also, da Rehwinkel sich befriedigt zeigte, von der Subvention abgehen zu wollen und wird abwarten müssen, wie der Kanzler den kürzlichen Beschluss der Bundesregierung rückgängig machen wird. Nur der Nichteingeweihte wird die Weigerung des Bauernverbandes, die Milchpreiserhöhung subventioniert zu bekommen, als ein wackeres Aufbegehren gegen eine Durchlöcherung der Marktwirtschaft preisen. Eingeweihte wissen, dass die Bauernschaft diese Skrupel

bei den zum pauschalen Ablieferungsgeld gewürdenen ehemaligen Frühdruschprämien für Roggen (jährlich insgesamt 36 Mill. DM) nicht hat. Eingeweihte wissen auch, warum sich die Bauern gegen die Milch-Subvention wehren: weil man noch viele andere Wünsche hat, die man auf keinen Preis abwälzen kann (z.B. Meliorationen grossen Stils); man will daher den Subventionentopf nicht mit der ersten Forderung abgeschöpft sehen.

Der niedersächsische Stoßkeil der gesamten Bauernschaft ist scharf noch ehe er angesetzt wird. Die Landwirte selbst wissen, dass sie einen "Kaufstreik" höchstens drei Wochen durchhalten können. Sie schneiden sich außerdem ins eigene Fleisch; weil sie ihren Bedarf zumeist bei bäuerlichen Genossenschaften decken, deren Genossen sie selbst sind. Was trotzdem noch an avantgardistischem Bekennermut in der niedersächsischen Bauernschaft vorhanden war, hat Rehwinkel zerstört: "Schränkt eure Ausgaben ein, kauft nicht auf Pump", rief er den Bauern zu, "wenn eine befristete Kaufenthaltung nicht zum Ziel führt."

Es ist kein Zweifel, Rehwinkel will damit die bäuerliche Siedehitze, vor wenigen Tagen noch geschürt, wieder auf normale Temperatur bringen. Ausdrücke wie "Kolonialstatus", "Ausbeutung" usw. sind Rückzugsgefechte und Restbestände aus der Rede, wie sie vor Eintreffen des Kanzlerschreibens konzipiert war. Rehwinkel hat seine Bauern auch noch in einer anderen Sache enttäuscht. Es ist kein Geheimnis, dass die Niedersachsen sich zum Wortführer derer gemacht hatten, die den "Ernährungsminister" Lübke durch einen "Landwirtschaftsminister" ersetzt wissen wollten. An des Kanzlers Nein scheiterte dieser Wunsch; darum strich Rehwinkel den Namen Lübke aus seiner Rede und lenkte den bäuerlichen Zorn auf die Minister Schäffer und Erhard.

Rehwinkel hat vor seinen Bauern berechnete Forderungen mit übertriebenen Wünschen gemischt; bedauerlich dabei ist, dass er alles mit Ausfällen gegen die Gewerkschaften verbunden hat. Er hat damit bewiesen, dass er auch dann nicht aus seiner "bürgerlichen" Haut kann, wenn es um die Lebensbedingungen der Landwirtschaft geht. Seine Sorge, dass die Bauern, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, "nach links abwandern", mag in Bonn vorübergehend und vor allem in Wahlzeiten wirken; ob er freilich mit dieser Romantik von einer freiwirtschaftlich orientierten Regierung die Marktordnung bekommt, die er erwartet, ist zu bezweifeln. So, wie er in Hannover aufgetreten ist, trägt er nur dazu bei, die Kluft zwischen Stadt und Land aufzureissen.

Ermittlungen gegen Clauberg eingeleitet

R.A., Kiel

Die Kieler Staatsanwaltschaft hat mit den Ermittlungen gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Prof. Dr. med. Carl Clauberg wegen schwerer Körperverletzung begonnen. Voraussichtlich werden sich die Ermittlungen auf den Vorwurf der vorsätzlichen Tötung und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ausdehnen. Das Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, nachdem der Zentralrat der Juden in Deutschland dem schleswig-holsteinischen Justizministerium dokumentarische Unterlagen über die Verbrechen zugeleitet hat, die Clauberg besonders in der Zeit von 1942 bis 1944 im Konzentrationslager Auschwitz an Jüdinnen begangen hat. Clauberg kehrte vor etwa drei Wochen aus sowjetischer Gefangenschaft zurück und ließ sich nach Kiel entlassen. Er soll bereits rund 5000 DM Heimkehrerhilfe bekommen haben.

Aus den der Staatsanwaltschaft in Kiel vorliegenden Unterlagen des Zentralrats der Juden geht hervor, dass der SS-Professor Clauberg Leiter des Experimentierblockes 10 des Konzentrationslagers Auschwitz war. Weiter wird die Kieler Staatsanwaltschaft Unterlagen zu prüfen haben, welche die Pressestelle des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes dem Zentralrat der Juden zuleitete. Hierin wird die Methode der Unfruchtbarmachung von Jüdinnen in Konzentrationslagern im einzelnen dargelegt. Die Eingriffe wurden meist ohne Betäubung vorgenommen. Es waren Injektionen mit einer Reizlösung, die meist schwere Verbrennungen zur Folge hatten und grauenhafte Schmerzen verursachten. Nur wenige Frauen sollen die Experimente überstanden haben und sieben davon leben in Berlin. Der ärztliche Befund deutet darauf hin, dass bei ihnen allen Krebsgefahr besteht und kaum eine dürfte das 50. Lebensjahr überschreiten.

Schließlich ist damit zu rechnen, dass auch das Buch von Eugen Kogon "Der SS-Staat" als Beweismaterial herangezogen wird.

Es ist noch offen, ob das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren auch gegen den Pharmazeuten Dr. Johann Göbel ausgedehnt werden muß. Göbel soll in Auschwitz mit Clauberg zusammen "experimentiert" haben und ebenfalls nach Schleswig-Holstein entlassen worden sein. Schließlich ist noch offen, inwieweit durch Mitwirken der Schleswig-Holsteinischen Ärztekammer gegen Clauberg sofort ein Berufsverbot zu verhängen wäre. - - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau